

Kanton

Steuerreform per Initiative

Die Freisinnigen arbeiten mit Hochdruck an der Steuerreform. Sie lancieren eine kantonale Volksinitiative.

ZÜRICH –Die Idee ist faszinierend: Statt aus komplizierten Formularen soll die Steuererklärung nur noch aus einer einzigen Seite mit sieben Zahlen bestehen. Diese Radikalreform des Steuersystems hat die Zürcher FDP im August vorgestellt. Sie verspricht sich davon weniger Papierkram für die Steuerzahler, weniger Administrativarbeit für den Staat und dadurch tiefere Steuern. Gestern sind die Freisinnigen wieder vor die Medien getreten und haben präsentiert, wie sie ihr Projekt weiter vorantreiben wollen. Denn so einfach das Steuersystem namens «**EasySwissTax**» auf den ersten Blick aussieht, so schwierig ist es, die Idee genauer auszuarbeiten und politisch durchzusetzen.

Volksinitiative nach Bern

Erster konkreter Schritt: Die FDP lanciert im Kanton Zürich eine Volksinitiative. Mit dieser wird der Regierungsrat dazu verpflichtet, in Bern eine Standesinitiative einzureichen. Das Bundesrecht soll so angepasst werden, dass die grundlegende Vereinfachung des Steuersystems überhaupt möglich wird.

«Wir haben dazugelernt», erklärte Hans-Peter Portmann, FDP-Kantonsrat und Präsident des Initiativkomitees. In Gesprächen auf kantonaler Ebene habe man gemerkt, dass es nicht möglich sei, das Steuersystem «von unten nach oben» zu reformieren. «Das System ist so verschachtelt, dass viele Experten behaupten, eine Reform sei gar nicht möglich», sagte Portmann. Viele würden auf die FDP-Vorschläge mit einem «Ja, aber...» reagieren. FDP-Parteipräsidentin Doris Fiala bemerkte dazu süffisant: «Es gibt Exponenten im Regierungsrat, die froh sind, wenn man ihnen bei der Entscheidungsfindung hilft.» Gemünzt ist dieser Seitenhieb wohl auf CVP-Finanzvorstand Hans Hollenstein.

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, will die FDP nun auf verschiedenen Ebenen Vorstösse lancieren. Die Wahl einer Volksinitiative als Mittel erklärt Portmann damit, dass so das Zürcher Volk über die Vorlage abstimmt, bevor sie nach Bern geschickt wird. «Eine solche Standesinitiative hat viel mehr Gewicht als eine, die vom Parlament eingereicht wird.» Dieser Weg, ein Begehren nach Bern zu senden, steht seit der Einführung der neuen Verfassung offen. Die Unterschriftensammlung startet am 27. Oktober.

Zusätzlich macht sich die FDP da-

ran, ihr Projekt genauer auszuarbeiten. Mit grossem Personalaufwand: Vier Arbeitsgruppen mit je etwa acht Mitgliedern wurden gegründet, die das neue System auf Mängel abklopfen und Anfang 2007 ein konkretes Modell vorlegen sollen. Eine dieser Gruppen, die von Kantonsrat Gaston Guex koordiniert werden, prüft, welche Abzüge weiterhin möglich sind.

Neu mit Immobilienabzug

Grundsätzlich will die «**EasySwissTax**» den Dschungel der Abzüge – heute sind etwa 50 möglich – radikal ausholzen. Bei der ersten Präsenta-

tion der Steuerreform waren denn auch nur drei Abzüge geplant: für Berufstätige je nach Zivilstand, für Eltern je nach Kinderzahl sowie für Rentner und Invalide. Gestern war bereits von fünf Abzügen die Rede: Die Abzüge für gemeinnützige Spenden und für Immobilieninvestitionen sollen ebenfalls beibehalten werden. «Letztere ist eine Forderung des Hauseigentümerversandes», gibt Portmann offen zu. «Da werden noch viele Ansprüche auf uns zukommen.»

An der gestrigen Pressekonferenz bezeugten Eduard Witta, Präsident Forum Zürcher Wirtschaft, und Hans-Ulrich Bigler, Vorstandsmitglied des Kantonalen Gewerbeverbandes, die Unterstützung ihrer Verbände für die FDP-Idee. Um die Steuerreform auf nationaler Ebene voranzutreiben, hat die Zürcher FDP eine Interessengemeinschaft ins Leben gerufen. Neben Portmann als Präsident sind der Zuger Ständerat Rolf Schweiger und der waadtländische Nationalrat Charles Favre die Vizepräsidenten. Ziel ist, dass andere FDP-Kantonalparteien ebenfalls Volksinitiativen lancieren und die Idee so von Zürich aufs ganze Land übergreift.

JAKOB BÄCHTOLD